

In einer abschließenden Zusammenfassung bündelt die Autorin ihre Forschungsergebnisse und hinterfragt zeitübergreifende Denkanstöße, die von Radlińska, Grzegorzewska und ganz besonders von Korczak ausgehen.

Dieses Buch, das unseren Wissensstand zur polnischen Reformpädagogik und deren internationalen Vernetzung durch qualitativ neue Erkenntnisse in umfassender Weise erweitert und uns zudem bislang völlig unbekannte Reformpädagoginnen mit deren vielschichtigen Pionierleistungen erschließt, sei ganz nachdrücklich empfohlen!

Greifswald

Andreas Pehnke

Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann, unter Mitarbeit von Annette Weinke und Andrea Wiegeshoff: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Blessing. München 2010. 879 S. ISBN 978-3-89667-430-2. (€ 34,95.)

Die Entstehung des Buches geht auf eine interne Kontroverse im Auswärtigen Amt zurück. Im Frühjahr 2003 erschien in dessen Hauszeitschrift *IniernAA* ein Nachruf auf Franz Nüßlein, der während der deutschen Besatzung Tschechiens im Justizapparat tätig war und in dieser Funktion rücksichtslos gegen die einheimische Bevölkerung vorgegangen ist. Nach dem Kriegsende wurde Nüßlein verhaftet und an die Tschechoslowakei ausgeliefert, jedoch 1955 als „nicht amnestierter Kriegsverbrecher“ (S. 10) nach Westdeutschland abgeschoben. Seitdem arbeitete er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1974 im AA. Der Nachruf beinhaltete die Formulierung vom „ehrenden Andenken“ des AA an Nüßlein (S. 706). Darauf aufmerksam geworden, ordnete Außenminister Joschka Fischer an, grundsätzlich keine Glückwünsche oder Nachrufe für frühere Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Unterorganisationen in internen Publikationen veröffentlichen zu lassen. Da es nach dieser Entscheidung zu massiven Protesten pensionierter Mitarbeiter des Ministeriums kam, entschied sich Fischer im Sommer 2005 dazu, eine unabhängige Historikerkommission einzuberufen, die sich mit der Vergangenheit des Amtes auseinandersetzen sollte.

Die Kommission bestand aus Eckart Conze (Marburg), Norbert Frei (Jena), Peter Hayes (Illinois) und Moshe Zimmermann (Jerusalem). In ihrer Arbeit sollte es im Allgemeinen es um „die Geschichte des Auswärtigen Dienstes in der Zeit des Nationalsozialismus [gehen], um den Umgang mit dieser Geschichte nach 1945“ und um „die Wirkungen der NS-Vergangenheit“ des Amtes auf seine Entwicklung nach der Wiedergründung 1951 (S. 11). Diese sehr breit formulierte Forschungsfrage wurde präzisiert. Im Einzelnen wollte die Kommission untersuchen, wie sich die Angehörigen des AA nach der nationalsozialistischen Machtübernahme „tatsächlich“ verhielten, welche Rolle das Amt im NS-Herrschaftssystem und Terrorapparat spielte und in welcher Form es an der Besatzung einzelner Länder während des Zweiten Weltkriegs beteiligt war. Schließlich wollte sie feststellen, welchen Anteil die deutschen Diplomaten seit 1933 an der Verfolgung und Ermordung der deutschen und europäischen Juden (S. 13) hatten. All diese Themen werden im ersten Teil des Buches behandelt.

Die Schilderung der Geschichte des AA nach 1945 beschäftigt sich mit der Alliiertenpolitik gegenüber dessen ehemaligen Mitarbeitern. Ausführlich (S. 381-435) wird der so genannte „Wilhelmstraßen-Prozess“ von 1947-1948 gegen die führenden Beamten des Ministeriums dargestellt. Darüber hinaus werden – worauf in den bisherigen Besprechungen erstaunlich wenig eingegangen wurde – der Demokratisierungsprozess und dessen Ursachen innerhalb des AA sowie die voranschreitende „Westorientierung“ (S. 20) seiner Mitarbeiter nachgezeichnet. Die Darstellung endet in den Anfangsjahren der „Großen Koalition“, um dann einen Sprung zu machen und geschichtspolitische Kontroversen bzw. Maßnahmen der letzten zwanzig Jahre zu streifen, darunter den eingangs erwähnten Streit. Ohne die bestehenden Arbeiten außer Acht zu lassen, betrachten die Vf. ihr Werk als „eine

aus den Quellen und der verstreuten Forschungsliteratur gearbeitete systematische und integrierende Gesamtdarstellung“ (S. 11).

Mit der letztgenannten Feststellung muss auch die Kritik an dem Werk beginnen. Entgegen der Ankündigung fokussiert die Darstellung für die Jahre bis 1945 auf die Judenverfolgung in Deutschland und im besetzten Europa. Dabei wird die Bedeutung des AA bei diesem Prozess stark überbewertet. Zwei Beispiele können hier genannt werden. Unmittelbar nach der „Machtergreifung“ im Januar 1933 wurde es zu einer wichtigen Aufgabe des AA im Ausland, die Verfolgung der deutschen Juden zu rechtfertigen (S. 51, ähnlich S. 76, 78). Aus diesem Grund wies der Staatssekretär Bernhard von Bülow im März 1933 an, statistisches Material zum angeblichen überproportionalen „Vordringen der Juden“ im öffentlichen Leben Deutschlands zu sammeln. In dieser Weisung aber „den Anfang“ auf dem Weg zur Vernichtung der Juden zu sehen (S. 46), stellt eine Vereinfachung dar, die der Komplexität der Entwicklung nicht gerecht ist. Ebenso unhaltbar ist die Behauptung, das Schicksal der deutschen Juden sei während einer Besprechung Adolf Hitlers mit Außenminister Joachim von Ribbentrop am 17. September 1941 „besiegelt“ worden (S. 183).

Die Konzentration auf die Judenvernichtung hat zur Folge, dass das eigentliche Betätigungsfeld des Amtes, die Außenpolitik, von den Vf. so gut wie ausgeklammert wird. So wird, um wieder ein Beispiel zu nennen, das Zustandekommen des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 nur in knappster Form thematisiert (S. 135). Dieser kam aber, darüber ist sich die Forschung einig, dank des aktiven Zuarbeitens der deutschen Diplomaten zustande. Bereits Ernst von Weizsäcker, zu diesem Zeitpunkt Staatssekretär, bemerkte zeitnah, dass ohne diesen Pakt der Ausbruch des Krieges nicht möglich gewesen wäre¹; und es ließe sich hinzufügen: auch die darauffolgende politische, kulturelle und ethnische Umgestaltung ganz Ostmitteleuropas nicht.

In Zusammenhang mit dem Pakt wird m.E. die Rolle von Weizäckers selbst unterbewertet. Dieser wollte nicht etwa die Sowjetunion in einer „Schwebelage“ zwischen Deutschland und den Westmächten halten mit dem angeblichen Ziel, die Aussichten auf eine Revision der deutsch-polnischen Grenze zu verbessern (S. 136). Vielmehr verfolgte er seit Ende 1938 eine Politik, die auf eine Unterordnung Polens hinauslief. An dem Kontaktaufbau zu den Moskauer Diplomaten aktiv beteiligt, drängte er Ende Juli 1939 darauf, bei der dortigen Regierung „wegen einer Teilung Polens deutlicher zu werden“². Dass sich die Autoren bei der Darstellung seiner Gründe auf die 1950 verfassten Erinnerungen stützen, ist unglücklich. Damit übernehmen sie die späteren, im Kontext des Kalten Krieges und während der Haft entstandenen Rechtfertigungen, womit sie in jene interpretatorische Falle geraten, vor der sie selbst im zweiten Teil der Studie so nachdrücklich warnen.

Ebenfalls nicht auf der Höhe der Zeit ist die Schilderung der deutschen Besetzung Polens. Dass in Bromberg (Bydgoszcz) am 3. September 1939 „tausende“ Angehörige der dortigen deutschen Minderheit ermordet worden sein sollen (S. 223), entspricht nicht den Ergebnissen der neueren Forschung.³ Es ist bedauerlich, dass die Vf. mit den Ereignissen,

¹ LEONIDAS E. HILL (Hrsg.): Die Weizsäcker-Papiere. 1933-1950, Frankfurt a.M. u.a. 1974, S. 178, Eintrag vom 14.10.1939. Wie die Historiografie den Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen einschätzt, wurde zuletzt dargestellt bei JÜRGEN ZARUSKY: „Hitler bedeutet Krieg“. Der deutsche Weg zum Hitler-Stalin-Pakt, in: Osteuropa 50 (2000), 7-8, S. 97-114, hier S. 113.

² HILL (wie Anm. 1), S. 150, Eintrag von der zweiten Februarhälfte 1939, und S. 157, Eintrag vom 30.07.1939, dort das Zitat.

³ TOMASZ CHINCINSKI und PAWEŁ MACHCEWICZ kommen in dem von ihnen herausgegebenen Werk *Bydgoszcz 3-4 września 1939 [Bromberg, 3.-4. September 1939]*, Warszawa 2008, S. 266, zu dem Schluss, dass die Zahl der deutschen und polnischen Opfer auf 365 Personen festgesetzt werden kann; JOCHEN BÖHLER: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt a.M. 2006, S. 136, sowie DERS.:

die im Zentrum der antipolnischen Propaganda der Nationalsozialisten standen und lange Zeit zu den wichtigsten Kontroversen zwischen der deutschen und polnischen Geschichtsschreibung gehörten, so wenig sorgfältig umgehen. Warum als Datum für die Aufteilung Polens in die sowjetische und deutsche Einflussosphäre der 17. Oktober 1939 genannt wird (S. 224), bleibt rätselhaft.

Bei der Beschreibung der deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion wird die Tätigkeit der Vertreter des AA bei der Wehrmacht ausführlich geschildert. Während die sonstigen Behörden des „Dritten Reiches“ eine rücksichtslose Ausbeutungspolitik vorantrieben, plädierten diese für die Integration der antisowjetisch eingestellten Völker in die NS-Politik. In ihren Berichten und Stellungnahmen kritisierten sie die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen bzw. Zwangsarbeiter, die maßlose Hasspropaganda und die ausgebliebene Revision der Zwangskollektivierung. Mit Recht heben die Vf. hervor, dass diese Stellungnahmen zu den „kritischsten Stimmen“ gehörten, die während des Zweiten Weltkriegs von offizieller Seite gegen die Besatzungspolitik erhoben wurden (S. 209). Sie waren auch frei von nationalsozialistischem Gedankengut. Letztendlich aber blieben diese Berichte ohne Auswirkungen, weil ihre Autoren über keinerlei Weisungsbefugnisse bzw. logistische Unterstützung verfügten.

Nach Kriegsende war es den US-amerikanischen Besatzungsbehörden verstärkt daran gelegen, die in Deutschland kursierenden Informationen über die Sowjetunion abzuschöpfen. Damit gerieten auch Diplomaten ins Visier. Drei von ihnen erwiesen sich als besonders wertvoll: Herbert von Dirksen (Botschafter in Moskau), Andor Hencke (in verschiedenen Funktionen in Moskau und Kiew) sowie Hans Heinrich Herwarth von Bittenfeld (Attaché und Legationssekretär an der Botschaft in Moskau).

In den Vernehmungen, die von dem US-amerikanischen Diplomaten Dewitt Poole durchgeführt wurden, schafften es diese Diplomaten, ihm ihre eigene Einschätzung der sowjetisch-deutschen Beziehungen 1939-1941 zu vermitteln. Poole publizierte bereits 1946 einen Aufsatz⁴, in dem er sich die Sichtweise der Deutschen zu Eigen machte und auf die Gegebenheiten des beginnenden Kalten Krieges übertrug. Dieses und weitere aufgeführte Beispiele zeigen, wie die ehemaligen Diplomaten des „Dritten Reiches“ in denkbar kurzer Zeit intellektuelle und politische Diskurse in den USA indirekt beeinflussen konnten.

Für den Demokratisierungsprozess des 1951 wieder gegründeten AA waren laut den Vf. mehrere Faktoren ausschlaggebend. Zu ihnen gehörte der massive Einfluss der politischen Parteien auf die Personalentscheidungen, Teilnahme an multi- bzw. supranationalen Organisationen (was die übergeordnete Rolle des Nationalstaates relativierte) und die Existenz externer Zirkel bzw. Institutionen, die an der Außenpolitik beteiligt waren. Schließlich spielte die Mitte der 1950er Jahre einsetzende Herausbildung einer unabhängigen, kritischen Historiografie, die sich mit der Geschichte des AA auseinandersetzte, eine Rolle.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Vf. ihre selbstgesteckten Ziele nicht erreicht und keine Synthese der Geschichte des AA, schon gar nicht im europäischen Kontext, geliefert haben. Die leitende These von der zentralen Bedeutung des Amtes bei der Judenvernichtung ist nicht haltbar. Weil das Feld der Außenpolitik marginal behandelt wird, geraten die ostmitteleuropäischen Bezüge, insbesondere im Jahr 1939, ins Abseits. Wegen sachlicher Ungenauigkeiten kann die Arbeit nur bedingt als Nachschlagewerk benutzt werden. Die spannenden und stellenweise neuen Befunde bezüglich der Nachkriegszeit können die Defizite nicht ausgleichen. Jede Bewertung eines wissenschaftlichen Vorhabens sollte die eingebundenen intellektuellen und materiellen Ressourcen berücksichtigen. Legt

Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen, Frankfurt a.M. 2009, S. 118, stützt sich auf diese Angaben.

⁴ DEWITT C. POOLE: Light on Nazi Foreign Policy, in: Foreign Affairs 25 (1946), S. 130-145.

man diese Maßstäbe für den Fall an, muss das Ergebnis als enttäuschend bezeichnet werden.

Berlin

Bernard Wiaderny

Thomas Lane, Marian Wolański: Poland and European Integration. The Ideas and Movements of Polish Exiles in the West, 1939-91. Palgrave Macmillan. New York 2009. 311 S. ISBN 978-0-230-22937-2. (\$ 95,-)

When reviewing the remarkable story of European integration after World War II, scholarly texts, document collections, and course syllabi tend to restrict themselves to Western European actors. Major landmarks in European integration often include Richard Coudenhove-Kalergi's crusade for Pan-Europe during World War II, the Robert Schuman Plan pooling French and German coal and steel resources in 1950, the advent of Benelux and then the European Economic Community, the formation of the European Union, and finally the EU's eastward expansion. European integration thus becomes a story of how, under Western European leadership, the war-torn continent sought coexistence and collaboration. In their new and well-researched political narrative, Thomas Lane and Marian Wolański seek to pull Poland from its marginal, even absent role in traditional narratives of European integration by introducing Polish poets, politicians, and ideologues from the eighteenth century to the present into the leading caste that has campaigned for a united Europe. In their assessment, "Polish exiles were in the vanguard of the movement for European integration" and ranked among the very "founding fathers of European integration" (p. 1). By documenting Poland's role in theorizing and realizing the Pan-European idea, they assert Poland's place, not just as a part of "Europe", but also as a leader in forming the very idea of Europe itself.

The work begins with a grand narrative of Polish contributions to the "European" idea from the eighteenth through the early twentieth centuries. Adam Czartoryski, Wojciech Jarzembowski, and Józef Retinger were just a few of the thinkers whose pan-European dreams (common currency, common defense, pooling of economic resources) tantalize the imagination with the prospect that Polish thinkers had lain much of the relevant groundwork long before French and German figures began striving to integrate the western part of the continent after 1945. At times this back-story of daring Polish foresight can appear a bit idealized. The Polish-Lithuanian Commonwealth was not a truly democratic republic, in which "the rule of equality and respect for the rights of the weaker were fully adhered to," nor was it a precursor for European integration (p. 6). The authors more effectively establish the Polish roots for certain pan-European ideas when they reach the Second World War. Finding themselves trapped in Western exile, Polish leaders began to imagine a "federal" solution for postwar Europe, which might have included economic and even political interdependence throughout much of Eastern Europe. The 1943 death of Władysław Sikorski (a leading proponent of federalism) and onset of Soviet domination may have stunted such dreams. Yet the authors appear to question the extent to which such ideas might have prevailed anyway, in light of significant division between Czechoslovak and Polish exiles about how much strength postwar federalism should have and how it should operate. This in turn could also undermine the claim that Polish conceptions of European integration would in fact have been viable.

If at times it can be hard to locate a coherent and feasible Polish platform for European integration before 1945, the majority of the book succeeds in tracing the strident, if also perhaps obscure, integration objectives of Polish exiles during the Cold War. Here the authors' departure point appears to come from Poland's Cold War dilemma: with Poland cut off from "Europe" by the Iron Curtain, true European integration could only be possible through the ideas of Polish exiles who had fled to the Western lands. During the war itself and in increasing number thereafter, Polish exile clubs formed across the West advocating a European Federation which could withstand German and Soviet influences (p. 59). Pol-